



# Suche Schablone für erfolgreiches Protestformat

Extrem rechte und rassistische Straßenproteste in Berlin 2018

Im Jahr 2018 ist es dem rechten Berliner Protestmilieu erneut nicht gelungen, an die Mobilisierungserfolge der Jahre 2015 und 2016 anzuknüpfen. Mit 141 Demonstrationen und Kundgebungen rangieren die Zahlen auf dem Vorjahres-Niveau (120). Der Versuch durch Bezugnahme auf aktuelle Themen wie den UN-Migrationspakt oder die »Gelbwesten«-Proteste in Frankreich neue Impulse zu setzen scheiterte. Einzelne Veranstaltungen fokussierten explizit auf »Frauenrechte« und boten damit auch einen Selbstermächtigungsraum für rechte Aktivistinnen.

Nach den NEIN-ZUM-HEIM-Mobilisierungen (2014/2015) und den MERKEL-MUSS-WEG-Demonstrationen (2016/2017) versuchte das extrem rechte Protestmilieu im vergangenen Jahr, die Mobilisierungsfähigkeit der Vorjahre aufrecht zu erhalten, in dem andernorts erfolgreiche Protestthemen aufgegriffen wurden. Hierzu gehörten zum einen tatsächliche oder vermeintliche Gewalt gegen Frauen durch Migranten und POCs sowie die Mobilisierungen gegen den Migrationspakt oder die Proteste der sogenannten »Gelbwesten« in Frankreich. Im Vorfeld entsprechender Mobilisierungen wurden diese Themen bereits bundesweit auf diversen extrem rechten Blogs und Social-Media-Kanälen aufgegriffen. Trotz dieses Versuchs, die in ihrem Milieu aktuell debattierten Themen aufzugreifen, ist es den extrem rechten Protestformaten in Berlin

nicht gelungen, ein breiteres oder gar neues Klientel anzusprechen. Mehr als 70 Prozent der gezählten Veranstaltungen entfielen auf regelmäßige Termine etablierter Protestformate wie BärGida, die teilweise bereits seit mehreren Jahren stattfinden, jedoch nur einen kleinen Personenkreis anziehen konnten. Hinzu kommen einzelne größere Veranstaltungen mit bis zu vierstelligen Teilnehmendenzahlen, denen jeweils überregionale oder bundesweite Mobilisierungen vorausgingen. Die Idee, mittels großer Demonstrationen »im Zentrum der Macht« die Bundesregierung anzuklagen oder gar unter Druck zu setzen, scheiterte. Auch das dezidiert neonazistische Spektrum setzte 2018 kaum eigene Akzente auf der Straße. Einzige Ausnahme war der bereits zum zweiten Mal durchgeführte »Rudolf-Heß-Marsch«.

## 2018 in Zahlen

141 Veranstaltungen verzeichnet die apabiz-Zählung<sup>1</sup> für das Jahr 2018 (2017: 120). Im Vergleich dazu zählten wir 2015, als die Proteste ihren Höhepunkt erreicht hatten, noch 234 Veranstaltungen. Allein 104 der 141 Protestereignisse entfallen auf regelmäßige Termine wie BÄRGIDA oder den MERKEL-MUSS-WEG-MITTWOCHE des Brandenburger AfD-Landtagsabgeordneten FRANZ WIESE. Die Anzahl von Veranstaltungen mit einer Mindestgröße von 50 Teilnehmenden beläuft sich unterdessen nur noch auf 18<sup>2</sup> (2017: 25). Die Etablierung eines MERKEL-MUSS-WEG-MONTAGS durch die Gruppe WIR FÜR DEUTSCHLAND (WfD) ist gescheitert. Nach einigen kleineren Demonstrationen zu Beginn des Jahres schloss man sich letztendlich wieder BÄRGIDA an.

Die organisatorische Schwäche der Berliner NPD lässt sich einmal mehr an unseren Zahlen ablesen. Sie kommt auf lediglich sechs Protestveranstaltungen, wobei es sich ausschließlich um stationäre Kundgebungen mit Teilnehmendenzahlen im unteren zweistelligen Bereich handelt. Damit hat die NPD ihre Straßenaktivitäten im Vergleich zum Vorjahr (15) noch einmal mehr als halbiert. 2016 hatten wir noch 48 Protestveranstaltungen der Partei verzeichnet.

Die IDENTITÄREN konnten ihrem Ruf als aktionistischem Flügel der sogenannten Neuen Rechten nicht gerecht werden und brachten es lediglich auf neun kleinere Protestveranstaltungen im Sinne unserer Erhebung.<sup>3</sup> Wohl aufgrund der durchwachsenen Bilanz der letzten zwei Jahre sah man von breiteren Mobilisierungen in Berlin ab.

Die größeren Demonstrationen fanden erneut im Zuge bundesweiter Mobilisierungen statt. Insgesamt sieben Veranstaltungen mit einer Mindestanzahl von 500 Personen haben wir gezählt.<sup>4</sup> Die größte war die Demonstration der AfD Ende Mai mit etwa 5.000 Teilnehmenden. Dem Aufruf von WIR FÜR DEUTSCHLAND zu einer Demonstration am 3. Oktober unter dem Motto »Tag der Nation« folgten etwa 1.300 Personen. Aufmerksamkeit erregten zudem die von AfD-Mitglied LEYLA BILGE und ihrem Verein LEYLA E.V. organisierten sogenannten Frauenmärsche. Zum ersten Termin am 17. Februar 2018 versammelten sich etwa 1.200 Personen. Zu einer weiteren von Bilge organisierten Demonstration am 9. Juni konnten dann nur noch 400 Personen mobilisiert werden. Bei diesen Veranstaltungen lag der Frauenanteil mit bis zu 40 Prozent deutlich über den sonst bei extrem rechten Veranstaltungen üblichen 10 bis 25 Prozent. Die größte Veranstaltung des Neonazispektrums stellte wie schon 2017 der »Rudolf-Heß-Marsch« dar. Etwa 700 Personen zogen am 18. August durch die Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg und Lichtenberg, um dem Hitler-Stellvertreter zu huldigen.

Schon in der Auswertung für das Jahr 2017<sup>5</sup> konstatierten wir, dass der Bezirk Mitte mit seiner symbolträchtigen Kulisse und vielen Regierungsgebäuden zum Hauptschauplatz extrem rechten und asylfeindlichen Protests avanciert ist. Diese Einschätzung hat sich 2018 bestätigt. 120 der 138 gezählten Veranstaltungen fanden hier statt.

## Die einzelnen Veranstaltungen im Überblick

### AfD – Kundgebungen für die Facebook-Gemeinde und eine Großdemonstration

Der überwiegende Teil der AfD-Protestveranstaltungen in Berlin geht auf das Konto des Brandenburger Landtagsabgeordneten FRANZ WIESE. Mit seinem MERKEL-MUSS-WEG-MITTWOCHE reihte sich Wiese in das übergeordnete extrem rechte Protestnarrativ der vergangenen Jahre ein. Wie bereits 2017 fand die Veranstaltung auch 2018 regelmäßig vor dem Kanzleramt statt – insgesamt 46 mal. Dabei wurden vor Ort nur vereinzelt Reden gehalten. Ihre Reichweite erzielten die Kundgebungen nicht über die Anwesenden vor Ort, sondern über einen Facebook-Livestream, über den das Geschehen live kommentiert werden konnte. Die Resonanz changierte zwischen 6.000 und 75.000 Aufrufen pro Veranstaltung.

Die größte Demonstration des Jahres 2018 war die AfD-Demonstration am 27. Mai mit etwa 5.000 Teilnehmenden. Erstmals seit der »Herbstoffensive 2015« demonstrierte die Bundes-AfD erneut in der Stadt. Dass diese Veranstaltung dem bewegungsorientierten Rechtsaußenflügel der Partei zuzuordnen ist, verdeutlichen einmal mehr die dort gehaltenen Reden. Kriminalität, Gewalt, ein sinkendes Bildungsniveau sowie der »Verlust von Kultur und Identität« waren die Themen.

Rassistische Pauschalisierungen, Diffamierungen und Anekdoten, die als Beleg für den vermeintlichen Niedergang Deutschlands oder gleich des »Abendlandes« herangezogen wurden, standen neben tatsächlichen Missständen, die als Teil eines politischen

Gesamtversagens gewertet wurden. Der Tenor in Bezug auf Migration und Islam war klar: Grenzen dicht. Neben Parteimitgliedern sprachen mit CHRISTOPH BERNDT (ZUKUNFT HEIMAT, Cottbus; seit 2019 AfD-Landtagsabgeordneter) und MARIE-THÉRÈSE KAISER (MERKEL MUSS WEG Hamburg, mittlerweile Vorsitzende des Kreisverbandes Rotenburg) auch Vertreter\*innen lokaler Protestformate, die inzwischen (2019) auch für die Partei aktiv sind. Die Berliner AfD setzte 2018 erneut nicht auf Fundamentalopposition auf der Straße. Allerdings beteiligten sich der Berliner Landesvorsitzende, GEORG PAZDERSKI, wie auch zahlreiche weitere Personen des Landesverbands an der Großdemonstration der Bundespartei.

### Bärgida »spaziert« auf dem Gehweg

Mehr als ein Drittel der 2018 gezählten Veranstaltungen gehen noch immer auf das Konto von BÄRGIDA. Seit 2015 demonstrierte die Gruppierung fast ausnahmslos jeden Montag am Berliner Hauptbahnhof. Das kann jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass die öffentliche Aufmerksamkeit gen Null tendiert. Einige der »Abendspaziergänge«, wie die Veranstaltenden ihre Demonstrationen nennen,

“ Die organisatorische Schwäche der Berliner NPD lässt sich einmal mehr an unseren Zahlen ablesen.”

fanden denn auch aufgrund geringer Teilnehmendenzahlen auf dem Gehweg statt.

## Wir für Deutschland (WfD) – Vergebliches Warten auf den »Chemnitz-Effekt«

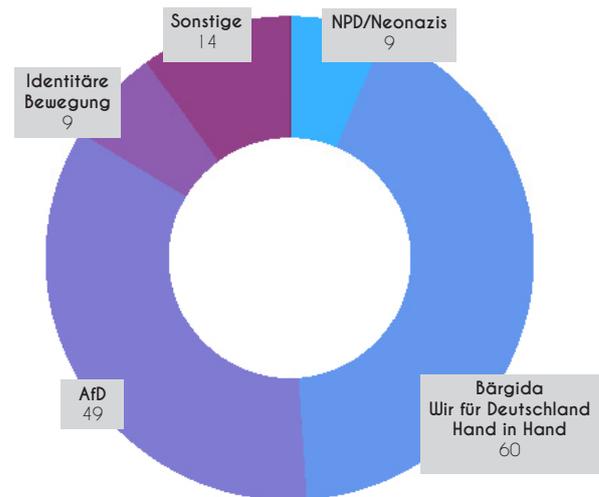
Die einzig größeren Mobilisierungserfolge der Gruppe WfD, welche in den Vorjahren die MERKEL-MUSS-WEG-Demonstrationen organisierte, waren 2018 die Demonstrationen mit dem Motto »Nein zur GroKo« am 3. März und »Tag der Nation« am 3. Oktober. Im März mobilisierte WfD etwa 500 Personen. Bei der Veranstaltung im Oktober versammelten sich zunächst etwa 1.300 Personen am Hauptbahnhof, um anschließend durch Mitte zu ziehen. Im Vorfeld hatte sich mindestens ein Vertreter der Gruppe auch an den international in die Schlagzeilen geratenen rassistischen Protesten in Chemnitz beteiligt, um dort auch für die eigene Veranstaltung in Berlin zu werben. In Chemnitz fanden nach der tödlichen Messerattacke auf Daniel H. mehrere extrem rechte Demonstrationen statt. Hier kam es mehrfach zu Ausschreitungen. Ein etwaiger »Chemnitz-Effekt« im Sinne eines Zulaufs zu extrem rechten Demonstrationen in Berlin blieb jedoch aus.

Erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit erregte die Demonstration von WfD am 9. November. Innensenator Geisel (SPD) war mit einem Versuch, die Veranstaltung im Vorfeld zu verbieten, gescheitert. Trotz der gesteigerten Medienöffentlichkeit fanden sich letztendlich nur 140 Personen am Hauptbahnhof ein. Die Demonstration, die von dort zum Brandenburger Tor und zurück führte, wurde von breiten Gegenprotesten mit mehreren tausend Teilnehmenden lautstark begleitet. Im Nachgang kündigte WfD zunächst sogar ein Ende der eigenen Proteste in Berlin an, rückte davon aber wieder ab. Die Etablierung eines MERKEL-MUSS-WEG-MONTAGS durch die Gruppe ist gescheitert. Zu Beginn des Jahres hatte WfD parallel zu BÄRGIDA eigene Veranstaltungen am Bahnhof Friedrichstraße organisiert. Aufgrund der wenigen Teilnehmenden schloss man sich nach der Auftaktkundgebung wiederholt BÄRGIDA an und fand sich zum gemeinsamen »Abendspaziergang« ein. Nach wenigen als erfolglos zu bezeichnenden Versuchen wurde der parallel stattfindende MERKEL-MUSS-WEG-MONTAG schließlich vollends eingestellt.

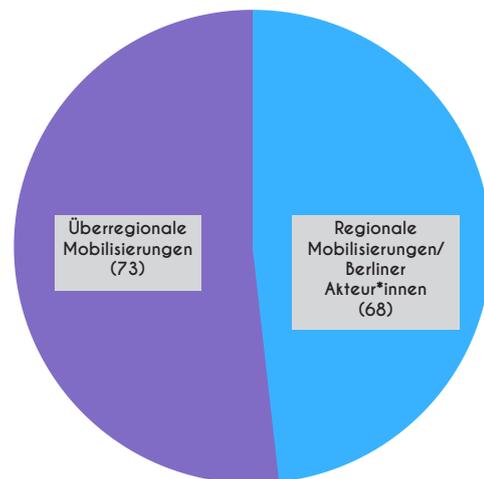
## Migrationspakt und Gelbwesten

Im letzten Quartal des Jahres war der sogenannte UN-Migrationspakt Anlass für vergleichsweise größere Mobilisierungserfolge der extremen Rechten in Berlin. Kurz vor der Ratifizierung im Dezember 2018 entdeckte man das Thema für sich und mobilisierte auf allen Kanälen gegen die internationale Vereinbarung. Nach einer von LEYLA BILGE initiierten Demonstration mit bis zu 600 Personen am 11. November in Mitte folgte am 1. Dezember eine spektrübergreifende Kundgebung unter dem Titel »Migrationspakt stoppen« am Brandenburger Tor, zu der PEGIDA, KANDEL IST ÜBERALL, ZUKUNFT HEIMAT und der MERKEL-MUSS-WEG-MITTWOCHE gemeinsam geladen hatten. Als RednerInnen konnten bundesweit bekannte Gesichter der extremen Rechten gewonnen werden, darunter JÜRGEN ELSÄSSER (COMPACT-MAGAZIN), LUTZ BACHMANN und SIEGFRIED DÄBRITZ (PEGIDA) sowie CHRISTOPH BERND (ZUKUNFT HEIMAT). Mit ANDREAS KALBITZ und CHRISTINA BAUM sprachen

Veranstaltungen 2018 nach Organisationen

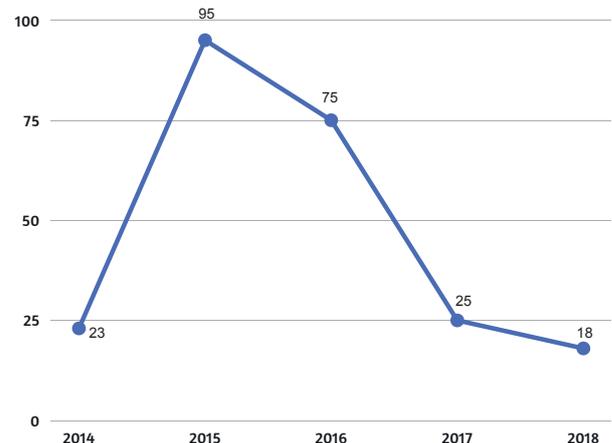


Regionale und überregionale Protestmobilisierungen in Berlin 2018



Etwas mehr als die Hälfte aller Veranstaltungen waren überregionale Mobilisierungen oder wurden von Akteur\*innen organisiert, die ihre Anliegen von außerhalb in die Hauptstadt getragen haben.

Veranstaltungen mit einer Mindestgröße von 50 Teilnehmenden im Zeitverlauf





Der erste ›Frauenmarsch‹ am 17. Februar 2018. Foto: christian-ditsch.de

chen auch AfD-Funktionär\*innen. Symbolisch nahmen etliche Teilnehmende Bezug auf die in Frankreich kurz zuvor entstandenen Gilets Jaunes (Gelbwesten-Bewegung). Auch die auf der anderen Seite des Brandenburger Tors regelmäßig demonstrierende Reichsbürger-Kleingruppe von staatenlos.info<sup>6</sup> verteilte an diesem Tag gelbe Westen und versuchte damit, die äußerst heterogenen Proteste in Frankreich für die eigene politische Agenda zu adaptieren. Die Gilets Jaunes prägten in den letzten Wochen des Jahres 2018 bundesweit den Output rechter Social-Media-Kanäle. Dieser Umstand konnte jedoch zu keinem Zeitpunkt in tatsächliche Mobilisierungserfolge auf der Straße umgesetzt werden. Sowohl die Proteste gegen den Migrationspakt als auch der Versuch, die Gelbwesten-Bewegung in Deutschland zu kopieren, verdeutlichen, dass die in Berlin aktiven Protestformationen der extremen Rechten versuchen, über anderswo erfolgreiche Formate und medial diskutierte Themen eine neue Mobilisierungswelle auf der Straße zu erzeugen. Dass trotz dieser medialen Reichweite und einer spektralen-übergreifenden Mobilisierung mit prominenten Redner\*innen am 1. Dezember »nur« bis zu 1.000 Personen zur Kundgebung am Brandenburger Tor erschienen, sorgte bei einigen Redner\*innen merklich für Frustration.

### NPD und andere Neonazis – außer Heß nichts los

Die größte Demonstration des offenen neonazistischen Teils der extremen Rechten in Berlin stellte 2018 (wie schon 2017) der »Rudolf-Heß-Marsch« dar. Nachdem es im Vorfeld Anmeldungen für zwei unterschiedliche Aufmarschrouten gegeben hatte, zeichnete sich erst am Vormittag des Demonstrationstages ab, dass der Aufmarsch im Ostteil der Stadt stattfinden würde. Etwa 700 Personen huldigten dem Hitler-Stellvertreter und zogen weitgehend ungestört durch Friedrichshain zum Bahnhof Lichtenberg.<sup>7</sup>

Die Berliner NPD schaffte es nicht, nennenswerte Mobilisierungen unter dem eigenen Parteilabel zu organisieren. Das Eingeständnis der eigenen Organisationsdefizite dürfte auch der Grund dafür sein, dass die Partei mittlerweile zu Kleinstaktionen im öffentlichen Raum übergegangen ist. Diese werden in der Regel nicht vorab angekündigt und nur im Falle eines »Erfolges« über die eigenen Medienkanäle nachträglich verbreitet. So inszenierten sich Anhänger der Partei im Rahmen der »Schafft Schutzzone«-Kampagne ab Mitte des Jahres als selbsternannte Ordnungstreife in öffentlichen Verkehrsmitteln und auf öffentlichen Plätzen. Dafür sind wenige Personen ausreichend. Die Aktionen werden mit Fotos oder Videos dokumentiert und anschließend entsprechend aufbereitet im Internet verbreitet. Eine vergleichbare Strategie ist auch von den Identitären bekannt. Die mediale Verbreitung entsprechender Aktionen vermag es zunächst, den überschaubaren Kreis an eigenen Aktiven zu kaschieren. Mit dieser Art der Selbstinszenierung entgeht die NPD dem Risiko, stundenlang mit einer größeren Menge von Gegendemonstrant\*innen konfrontiert zu sein. Da die »Schutzzone«-Aktionen spontan und ohne öffentliche Ankündigung durchgeführt werden, liegen hierzu keine validen Zahlen vor.

### ›Frauenrechte‹ – Mobilisierungspotential mit Vorgeschichte

Mehrere der 2018 in Berlin dokumentierten Protestveranstaltungen haben sich explizit auf »Frauenrechte«<sup>8</sup> bezogen. Dazu zählen die beiden von LEYLA BILGE organisierten FRAUENMÄRSCH am 17. Februar und am 9. Juni sowie eine Kundgebung der selbsternannten BIKER FÜR DEUTSCHLAND gemeinsam mit dem FRAUENBÜNDNIS KANDEL am Brandenburger Tor am 20. Mai. Alle drei Veranstaltungen gehörten mit jeweils mehreren hundert Teilnehmenden zu den größeren dokumentierten Protesten der extremen Rechten in Berlin im Jahr 2018. Dies deutet auf ein vergleichsweise großes Mobilisierungspotential.

potential des Themas hin. Die Veranstaltungen thematisierten sexualisierte Gewalt durch vermeintlich oder tatsächlich migrantisches Täter. Damit einher ging eine rassistisch motivierte und verallgemeinernde Ethnisierung, da sexualisierte Gewalt ausschließlich kritisiert wurde, wenn es sich bei den Tätern um Personen handelte, die die Protestierenden aus dem von ihnen angestrebten völkisch-nationalen Kollektiv heraus als »fremd« definieren konnten. Ein tatsächliches Interesse an der Auflösung patriarchaler Machtverhältnisse hierzulande, welche dafür verantwortlich sind, dass Frauen vor allem in ihrem persönlichen Nahumfeld von sexualisierter Gewalt betroffen sind, ist hier nicht auszumachen. Dennoch ist es wichtig zu erwähnen, dass entsprechende Demonstrationen einen Raum zur Selbstermächtigung rechter Frauen schaffen. Dies zeigt sich auch an der vergleichsweise hohen Zahl von Demonstrantinnen (etwa 40 Prozent) beim ersten Frauenmarsch.<sup>9</sup>

Auch auf anderen Demonstrationen in Berlin wurden Frauenrechte beziehungsweise sexualisierte Gewalt durch vermeintlich oder tatsächlich migrantische Täter in Form von Redebeiträgen oder Transparenten aufgegriffen. Die Adressierung von Frauenrechten durch die extreme Rechte ist jedoch keineswegs ein neues Phänomen.<sup>10</sup> Dabei findet fast immer eine Verknüpfung mit den Themen Migration und/oder Islam samt rassistischen Zuschreibungen und Verallgemeinerungen statt. Nicht zuletzt ermöglicht das Thema die Anschlussfähigkeit an andere politische Milieus. Diese Themensetzung ist bereits lange vor dem als Referenzpunkt dienenden Mord an der 15-jährigen Mia im rheinland-pfälzischen Kandel durch ihren Exfreund im Dezember 2017 und den sexualisierten Gewalttaten der Kölner Silvesternacht 2015/16 zu beobachten gewesen. Insbesondere die Partei PRO DEUTSCHLAND und ihr politisches Umfeld, die ab den 2000er Jahren vermehrt gegen »den Islam« mobilisierten, setzten stereotypisierend die Rolle von Frauen im Islam auf ihre politische Agenda. Bereits 2013 war in Berlin auf deren Kundgebungen der Slogan zu lesen: »Unsere Frauen bleiben frei!« Durch die Darstellung einer burkatragenden Frau, deren Gesicht zudem durch Gitterstäbe verdeckt ist, wurde die Dichotomie »deutsche freie Frau« / »unfreie muslimische Frau« konstruiert. Sowohl bei PRO DEUTSCHLAND (2013) als auch später bei einer »Merkel muss weg«-Demonstration (2017) von WIR FÜR DEUTSCHLAND traten in Berlin Rednerinnen in Burkas auf. In der propagandistischen Darstellung der extremen Rechten kommen patriarchale Unterdrückungsverhältnisse nur bei den als »die Anderen« konstruierten Muslim\*innen vor. Nach der Kölner Silvesternacht verstand man es, das Thema sexualisierte Gewalt durch Geflüchtete und Migranten erfolgreich für sich zu nutzen, was auch auf Berliner Demonstrationen zu beobachten war.

Anfang 2017 sorgte der »Fall Lisa« bundesweit für Aufmerksamkeit. Anlass für rassistische Proteste waren Gerüchte, nach der eine Schülerin aus Marzahn durch einen Asylsuchenden vergewaltigt worden sein soll. Diese entpuppten sich später als frei erfunden. Teilen der Berliner Neonaziszene gelang damals erfolgreich der Schulterschluss mit der deutsch-russischen Community aus dem Umfeld der Familie.

In Reaktion auf den Mord in Kandel im Dezember 2017 demonstrierten in der Stadt verschiedene extrem rechte Gruppen. Das AfD-Mitglied LEYLA BILGE versuchte schließlich, die dortigen



Immer wieder richten sich die Veranstaltungen, mitunter in einem sehr aggressiven Duktus, gegen die Medien. Kundgebung gegen den sogenannten Migrationspakt am 1.12.2018. Foto: Oskar Schwarz

Protesterfolge mit teilweise mehreren tausend Teilnehmenden unter dem Titel »Frauenmärsche« nach Berlin zu tragen. Vertreter\*innen der verschiedenen, teilweise zerstrittenen Kandler Protestformate sprachen 2018 auf Demonstrationen in Berlin oder nahmen an diesen teil.

Auch den Demonstrationen in Chemnitz im August 2018 war das Gerücht sexualisierter Gewalt durch Geflüchtete vorausgegangen. Nach der Tötung von Daniel H. wurde verbreitet, dem Vorfall sei eine sexuelle Belästigung einer oder dreier nicht genannter Frauen vorausgegangen. H. und die beiden anderen Verletzten hätten diese schützen wollen. Dieses Gerücht wurde bald darauf von der Polizei dementiert.<sup>11</sup> Während in der sächsischen Stadt wiederholt ein breites extrem rechtes Bündnis von AfD bis hin zu gewalttätigen Neonazis zu Tausenden demonstrierte, ließen sich die Mobilisierungserfolge nicht auf Berlin übertragen.

Nicht zuletzt hat das in den letzten Jahren regelmäßig aufgerufene »Feindbild Merkel« immer wieder geschlechtsspezifische Züge, etwa da, wo die Kanzlerin nicht bloß als politische Gegnerin, sondern explizit als Frau abgewertet wird.

## Jenseits der Zählung

Die statistische Erfassung des Demonstrationsgeschehens ist nur ein Ausschnitt der analytischen Gesamtauswertung zur extremen Rechten in Berlin. Neben Saalveranstaltungen sind auch zahlreiche öffentliche Veranstaltungen nicht Teil der Zählung, sei es aufgrund ihrer mangelnden Bedeutung oder aufgrund ihrer inhaltlichen Diffusität. Zur ersten Kategorie zählen die zahlreichen Kundgebungen aus dem sogenannten Reichsbürgerspektrum wie etwa von [staatenlos.info](http://staatenlos.info). Zwar fanden auch 2018 vielfach entsprechende Veranstaltungen mit wenigen Personen statt, aufgrund ihrer kaum wahrnehmbaren Außenwirkung und der Gefahr einer quantitativen Verzerrung der Zahlen werden sie jedoch nicht aufgenommen.

Auch 2018 gab es eine ganze Reihe von Demonstrationen, an denen aufgrund der inhaltlichen Anschlussfähigkeit zwar auch extrem rechte Akteur\*innen teilgenommen haben, die Veranstaltungen an sich aber nicht per se als solche gewertet werden können. Zu nennen wären die zwar sehr viel kleiner gewordenen, aber nach wie vor zumindest vereinzelt stattfindenden MAHNWACHEN FÜR DEN FRIEDEN. Hier wurden in der Vergangenheit mitunter verschwörungsideologische und (strukturell) antisemitische Thesen zu Staat und Nation sowie zur Friedens- und Wirtschaftspolitik vertreten, die auch extrem rechte AkteurInnen anziehen. Auch der jährlich stattfindende AL-QUDS-MARSCH bietet aufgrund des dort

geäußerten israelbezogenen und bisweilen ganz offen artikulierten Antisemitismus Anschlussfähigkeit für extrem Rechte. 2018 verdoppelte sich die Teilnehmendenzahl von etwa 600 (2017) auf 1.200 Personen. In der Vergangenheit nahmen vereinzelt Neonazis und Aktivist\*innen der inzwischen aufgelösten Rechtsaußen-Kleinstpartei DEUTSCHE MITTE teil. Für eine inhaltliche Auswertung des Marsches empfehlen wir den gemeinsamen Bericht der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS), des Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) und Research and Documentation (ReDoc).<sup>12</sup>

Ähnlich verhält es sich mit dem primär gegen Abtreibung gerichteten MARSCH FÜR DAS LEBEN, der deutschlandweit größten Demonstration christlicher Fundamentalist\*innen, auf dem sich aufgrund der Schnittmenge antifeministischer und extrem rechter Positionen auch entsprechende Akteur\*innen einreihen. Die Märsche werden regelmäßig durch das [apabiz](http://apabiz.de) ausgewertet. 2018 nahmen 3.500 Personen teil.<sup>13</sup>

Bei der seit einigen Jahren regelmäßig im Januar stattfindenden Großveranstaltung unter dem Motto »Wir haben es satt« sieht es hingegen anders aus: Die Verantwortlichen des Bündnisses von Tier- und Umweltschutzgruppen positionieren sich glaubwürdig gegen Rechts. Sie achten darauf, dass ihre Demonstration nicht von extremen Rechten gekapert wird und gehen konkret dagegen vor, indem sie entsprechende Personen von der Demonstration verweisen.

**1** Gezählt werden alle einschlägigen politischen Aktionen unter freiem Himmel, also sowohl Demonstrationen als auch Kundgebungen sowie vereinzelt unangemeldete (Stör-) Aktionen an öffentlichen Plätzen. Der Richtwert von 50 Teilnehmenden ist ein in der Forschung zum Thema gängiges Cluster und ermöglicht eine dauerhafte Vergleichbarkeit der Zahlen. Die Jahre 2014 bis 2018 wurden anhand von Dokumentationen des [apabiz](http://apabiz.de), Chroniken der Register zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle in Berlin, Sichtung von Medienberichten und parlamentarischen Drucksachen und Veröffentlichungen in sozialen Netzwerken ausgewertet. Die größeren Versammlungen dürften auf diese Weise vollständig erfasst sein. Einige kleinere Kundgebungen sind womöglich nicht in die Zählung eingegangen. Nachträglich zur Kenntnis gelangte Versammlungen werden in den Zahlen der Folgeveröffentlichung angeglichen.

**2** Bei dieser Zahl handelt es sich um einen Annäherungswert. Für Bärigida liegen für das Jahr 2018 keine validen Zahlen über die Teilnehmenden (TN) aller Veranstaltungen vor. Weder wir noch andere Stellen können diesbezüglich belastbare Zahlen für jede Einzelveranstaltung vorlegen. Zwar gibt es Angaben in quartalsweise erfragten Bundestagsdrucksachen (seit 2018 ohne TN-Angaben für Bärigida) sowie eine Auflistung zum extrem rechten Demonstrationsgeschehen in Berlin in den Jahren 2014 bis 2019 des Berliner Innensenats. Allerdings hat sich bei der Analyse der Zahlen für Bärigida gezeigt, dass diese im Vergleich zu unseren stichprobenartigen Beobachtungen in Zweifel zu ziehen sind. Offenkundig wurde wiederholt die Zahl der vorab angemeldeten Teilnehmenden angegeben - selbst dann, wenn die Veranstaltungen abgesagt wurden. Bei den Bärigida-Veranstaltungen, die tatsächlich stattgefunden haben, liegen die Werte teilweise deutlich über unseren Zählungen. Entsprechend beruht die Zahl der Bärigida-Teilnehmenden in dieser Auswertung auf einem Mittelwert, basierend auf den stichprobenartig durchgeführten Dokumentationen des [apabiz](http://apabiz.de) vor Ort. Demnach dürften durchschnittlich etwa 40 Personen anwesend gewesen sein.

**3** Gelegentlich stattgefunden Informationsstände wurden hier nicht berücksichtigt.

**4** Die Anzahl der Teilnehmenden bei Demonstrationen sind häufig strittig, weil anhand ihrer die Relevanz einer Veranstaltung öffentlich mit verhandelt wird und verschiedene Angaben von unterschiedlichen Quellen vorliegen. Gewöhnlich neigen die Veranstaltenden zu höheren Angaben als Kritiker\*innen der dort vertretenen Anliegen. Auch die Angaben von Polizei oder Medien wichen in der Vergangenheit stark von den von uns stichprobenartig durchgeführten Nachzählungen ab. Auch zu den hier betrachteten Demonstrationen existieren teilweise deutlich unterschiedliche Angaben. Für die Auswertung wurden eigene Zählungen sowie Angaben anderer Demonstrationsbeobachter\*innen vor Ort, Medienzählungen, Polizeiangaben oder

parlamentarische Drucksachen verwendet. Im Zweifelsfall wurde ein realistisch erscheinender, abweichende Extremangaben relativierender Mittelwert verwendet. Bezüglich des Geschlechterverhältnisses liegen keine validen Daten vor. Grundsätzlich lässt sich aber eine Tendenz beobachten: Bei den dezidiert neonazistischen Veranstaltungen liegt die Anzahl der Teilnehmerinnen mit rund 15 Prozent noch einmal unter dem Durchschnitt spektrenübergreifender Mobilisierungen.

**5** Zu dieser und weiteren hier skizzierten Veranstaltungen lassen sich auf unserer Homepage [rechtsausen.berlin](http://rechtsausen.berlin) ausführliche Berichte finden.

**6** Die Kundgebungen von [staatenlos.info](http://staatenlos.info) sind nicht Teil unserer quantitativen Auswertung, siehe dazu auch den Abschnitt »Jenseits der Zählung«.

**7** Vgl. dazu unseren ausführlichen Bericht in *Berliner Zustände 2018*, online unter [schattenbericht.de](http://schattenbericht.de).

**8** Aufgrund der nationalen Exklusivität sind die von rechts adressierten »Frauenrechte« hier in einfachen Anführungszeichen gesetzt.

**9** Für viele Veranstaltungen liegen keine validen Daten über das Geschlechterverhältnis vor. Auf Basis unserer jahrelangen Vor-Ort-Dokumentationen lässt sich grundsätzlich aber eine Tendenz beobachten: Bei dezidiert neonazistischen Veranstaltungen liegt die Anzahl der Teilnehmerinnen bei rund 10 bis 15 Prozent, bei spektrenübergreifenden Mobilisierungen erreicht sie hingegen rund 20-25 Prozent.

**10** Für eine ausführliche Analyse der Thematisierung von »Frauenrechten« durch die extreme Rechte siehe: AK Fe.In: Frauen\*rechte und Frauen\*hass. Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt. Berlin 2019.

**11** Vgl. Anna Berg, Judith Goetz, Eike Sanders: Toxische Männlichkeit von Kandel bis Chemnitz, online unter <https://www.apabiz.de/2018/toxische-maennlichkeit-von-kandel-bis-chemnitz>

**12** Auswertung des Quds-Marsches 2018, online unter [https://report-antisemitism.de/documents/2018-06-14\\_rias-be\\_Monitoring\\_Quds-Tag-2018.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/2018-06-14_rias-be_Monitoring_Quds-Tag-2018.pdf)

**13** Vgl. Ulli Jentsch und Eike Sanders: Mit offenen Armen in die Sackgasse, online unter <https://www.apabiz.de/2018/mit-offenen-armen-in-die-sackgasse/>



## Der rechte Blick auf Ostdeutschland

30 Jahre nach dem Fall der Mauer steht Ostdeutschland erneut im medialen Fokus. Die Zugewinne der AfD bei den Landtagswahlen, aber auch die rassistischen Mobilisierungen nach dem gewalttätigen Tod eines 35-Jährigen in Chemnitz im vergangenen Jahr geben erneut Anlass zu der Frage, warum die extreme Rechte in Ostdeutschland immer wieder Erfolg erzielt, die ihr so im Westen der Republik eher selten gelingt. Welche Perspektiven haben rechte Periodika auf Ostdeutschland und welche Narrative bedienen sie?

**E**s habe sich eine neue ostdeutsche Identität entwickelt, von der vor allem auch die AfD profitieren kann, bilanziert das Institut für Demoskopie Allensbach die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage im Juli 2019. Die Spaltung des Landes in Ost und West scheint tiefer als je zuvor. Diese Situation weiß die AfD für sich zu nutzen. In den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen griff die Partei das auf der Straße schon länger zu hörende Wende-Narrativ (»Vollende die Wende«, »Wende 2.0.«) auf. Letztlich konnte die AfD ihre Stimmenanteile erheblich erhöhen und wurde überall zweitstärkste Kraft.

Die vorliegende 5. Ausgabe der magazine widmet sich der Frage, wie sich diese Gemengelage in rechten Periodika widerspiegelt. Wie erklärt sich die extreme Rechte die anhaltenden Wahlerfolge der AfD und der rechten Straßenmobilisierungen in Ostdeutschland? Auf welche historischen Besonderheiten wird verwiesen? Welche Erklärungsmuster werden herangezogen für die erhöhte Inanspruchnahme rechter Politikangebote? Werden für den Wahlerfolg in Ostern andere thematische Zugänge favorisiert als in Westdeutschland?

Der Grundtenor in vielen Artikeln schließt unmittelbar an die AfD-Rhetorik an: Die Demokratie habe sich längst in eine neue Diktatur verwandelt und die Ostdeutschen hätten dafür aufgrund ihrer Diktaturerfahrungen ein gut ausgeprägtes Sensorium. Der Osten fungiere als Leuchtturm für die gesamte Republik. Viele rechte Medien appellieren an ein Selbstbewusstsein und eine vermeintliche Straßenmacht, die 1989 erlangt worden sei. Während die neonazistisch geprägten Zeitungen und Zeitschriften zum Thema kaum etwas zu sagen haben, ließen sich sowohl in den aufgabenstärkeren Periodika wie Compact und Junge Freiheit sowie der Zerstör!, als auch in den etwas zielgruppenpezifischeren Magazinen wie LAD oder Section einige aufschlussreiche Artikel finden. Im ersten Teil widmen wir uns zunächst dem Narrativ des widerständigen Ostens, um anschließend auf die Erzählungen zur DDR-Geschichte und ihre Aufarbeitung zu schauen. Welche Rolle die Soziale Frage mit Blick auf den sozialistischen Osten spielt, Fragen der Erinnerungskultur sowie die Deutung der Wahlergebnisse werden ebenfalls untersucht.

Eine Publikation des antifaschistischen pressearchivs und bildungszentrums berlin (apabiz e.V.)



## Gewalt und Widerstand

Die 1990er Jahre in dem wiedervereinigten Deutschland markieren den Aufschwung neonazistischer Gewalt, der seitdem Hunderte Menschen zum Opfer fielen. Und über die derzeit endlich wieder geredet wird, weil die Betroffenen unter dem Hashtag #baseballschlägerjahre ihre persönlichen Erlebnisse erzählen, von der damals erlittenen Gewalt, aber auch von ihrem Widerstand gegen Nazis und vom Wegschauen der Anderen.

**N**eonazistische Gewalttaten haben fast zweihundert Menschen seit 1990 das Leben gekostet; sie haben auch viele Hunderte verletzt, traumatisiert, ihres alten Lebens beraubt. Für die meisten Betroffenen war die Bedrohung durch Nazischläger eine alltägliche Gefahr, in der sie selten Unterstützung erhielten und der sie oft nur durch einen Umzug in eine andere, größere Stadt entgehen konnten. Für viele gab es weder in der Schule noch bei der Polizei oder anderen Behörden Hilfe; im Gegenteil. Die Berichte der Opfer verdeutlichen immer wieder die gleiche Kumpansel zwischen Nazis und den lokalen »Verantwortlichen«, von Bürgermeistern\*innen und Schulleitungen bis hin zu den »Polizist\*innen«, die zu einem Täterort gerufen wurden und die Nazis mit Handschlag begrüßten.

Die 1990er Jahre markieren auch den Beginn unseres Projektes, an dem sich unzählige antifaschistische Aktivist\*innen und Initiativen aus dem gesamten Bundesgebiet beteiligt haben, wie

»Manche von uns hielten am Wochenende Nachtwache in Flüchtlingsheimen und schnippten montags die Dutzenden von Meldungen über »Ausreisendestellungen« zwischen »Jugendlichen und Ausländern« aus der Tagespresse aus. Das war eine finstere Zeit und wir hielten eine Meldung nach der anderen zu dicken Ordnern zusammen.« So beschrieben wir die Arbeit bereits 2011 zu unserem 20. Gründungsjubiläum.

Seitdem gab es immer wieder Gründe, sich die alten Ordner und die Berichte über Nazitaktivitäten und antifaschistische Gegenwehr anzusehen. Der wohl prägendste war die Selbsttarnung des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) 2011. Wir blätterten alle alten Fanzines nochmal durch, sichteten hunderte Fotos, kramten in alten Aktenordnern, drehten jeden Stein um. Ohne diese alten Sammlungen, an denen sich unzählige antifaschistische Aktivist\*innen und Initiativen aus dem gesamten Bundesgebiet beteiligt haben, wäre

Inhalt

#baseballschlägerjahre  
Gewalt und Widerstand

Studentenverbindungen  
»Alle Herren« für Deutschland

Rezension  
»Die Neue Rechte und ihr Design«

## Unterstützt das apabiz!

Antifaschistische Arbeit kostet Geld. Unterstützt die Arbeit des apabiz und spendet uns einen festen monatlichen Betrag (ab 5 Euro). Dafür bekommt ihr unseren Rundbrief *monitor*, unsere Reihe *magazine* und ab und an weitere Broschüren kostenlos zugeschickt. Wenn ihr uns besucht, bekommt ihr einen und könnt euch ein aus unserer Präsenzbibliothek ausleihen.

## Das apabiz-Info-Paket

Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des apabiz kommen möchten, gibt es unser Infopaket:

- 5 Exemplare des *monitor* (4 Ausgaben jährlich)
- ein Exemplar aller neuen Publikationen des apabiz (*magazine*, Broschüren, Dossiers etc.)
- Sonderkonditionen bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen für 75 Euro im Jahr!

Wer darüber hinaus noch mehr Ausgaben des *monitor* zum Auslegen benötigt, kann diese gegen Porto kostenfrei nachbestellen.



**Demokratie.  
Vielfalt. Respekt.  
In Berlin.**

Das Landesprogramm

## extrem rechte und rassistische straßenproteste in berlin 2018 eine handreichung des apabiz e.V.

Autor\*innen: Kilian Behrens, Vera Henßler, Frank Metzger  
Dezember 2019

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.  
lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

v.i.s.d.p.: c. schulze

fotos: alle rechte liegen bei den fotograf\*innen

☎ 0 30 . 6 11 62 49 ✉ mail@apabiz.de 🌐 rechtsausen.berlin